



Verarbeitungsverzeichnis

**Marktgemeinde
Neukirchen am Walde**

Version 1.1

Stand 18.06.2018

1. Inhaltsverzeichnis

1. Inhaltsverzeichnis	1
2. Maßnahmen zur Gewährleistung der Datensicherheit vor Ort (Gemeindeamt)	4
3. Verarbeitungsverzeichnis	5
1. Aktenverwaltung und Datenmanagement (zB. Endarchivierung in Miet- und Pachtakten) im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung; Förder- und Subventionsvergabe, Gemeindebetriebe, Freizeiteinrichtungen (Naturbad)	6
2. Verfahrensabwicklung im Rahmen der Hoheitsverwaltung, insb Bauwesen und angehängte Verfahren	10
3. Teilnahme an genehmigten bzw freigegebenen (Standardanwendungen) Informationsverbundsysteme	13
4. Haushaltsführung, Steuern- und Abgabenverwaltung der Gemeinde und Nebenverfahren	14
4.1 Vermögensbuchhaltung (k5 Finanz, Defakto XP) – SA014	18
4.2 Haushaltsbuchhaltung (k5 Finanz, Defakto XP) – SA005	21
4.3 Abgabenbuchhaltung SA004	26
4.4 k5 EB – Erfassen und Bewerten	31
5. Staatsbürgerschaftsevidenz (ehemals SA009)	34
6. Personenstandsbücher (alt) und lokales Personenstandsregister (alt, ehemals SA008, SA008a)	38
7. Personalverwaltung (ehemals SA0015), inkl Bewerberdatenverwaltung	43
7.1 k5 Lohn	47
8. User Help-Desk (zB auch in Form eines Ticketsystems), Servicedesk - Gemdat	52
9. Informationsportale für Bürger sowie Bürgerservice	55
9.1 RIS Kommunal	58
10. Kinderbetreuungsdatenmanagement, einschließlich Einhebung der Kindergarten- und Hortbeiträge, sowie Einhebung der Schulessensbeiträge	64
11. Abwicklung von Vergabeverfahren	67
12. LMR	71
13. Sitzungsmanagement, Mandatar-Infoportal und Mandatarverzeichnis	81
14. Wahladministration (Wahlmitarbeiterverzeichnis, Wählerevidenz, Wählerverzeichnisse und Stimmlisten, ehemals SA011)	84
14.1 WebWahl	88
15. Tourismus, einschließlich Gästemeldewesen	91
16. Lokales Vereinsregister	94
öpAnhang - Übermittlungsempfänger	96
Anhang – Datenschutz-Folgenabschätzung	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Begriffsbestimmung nach der DSGVO:

„**Personenbezogene Daten**“: Alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.

„**Verarbeitung**“: Jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführter Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

„**Einwilligung**“ der betroffenen Person ist jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.

„**Ausdrückliche Einwilligung**“ der betroffenen Person liegt vor, wenn diese unmissverständlich auf ganz konkrete Datenarten, in Bezug auf ganz konkrete Datenverarbeitungen, abgegeben wird und eine darüber hinausgehende Verarbeitung per se unzulässig ist. Eine ausdrückliche Zustimmung kann keinesfalls als bloßer Bestandteil von AGB und deren Zur-Kennntnisnahme durch den Betroffenen gegeben werden; es ist daher jedenfalls erforderlich, die Zustimmungserklärung vom übrigen Formulartext derart zu trennen, dass eine gesonderte Unterfertigung der Zustimmungserklärung und der sonstigen vom Formular vorgesehenen Angaben möglich ist.

„**Verantwortlicher**“: Die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet; sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so kann der Verantwortliche beziehungsweise können die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden.

„**Empfänger**“: Eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht. Behörden, die im Rahmen eines bestimmten Untersuchungsauftrags nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten möglicherweise personenbezogene Daten erhalten, gelten jedoch nicht als Empfänger; die Verarbeitung dieser Daten durch die genannten Behörden erfolgt im Einklang mit den geltenden Datenschutzvorschriften gemäß den Zwecken der Verarbeitung.

„**Besondere Kategorien personenbezogener Daten**“: Personenbezogene Daten, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen

Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person.

„**Gesundheitsdaten**“ sind personenbezogene Daten, die sich auf die körperliche oder geistige Gesundheit einer natürlichen Person, einschließlich der Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen, beziehen und aus denen Informationen über deren Gesundheitszustand hervorgehen.

„**Technische und organisatorische Maßnahmen**“: Maßnahmen, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleisten, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung („Integrität und Vertraulichkeit“).

„**Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten**“ ist eine Verletzung der Sicherheit, die, ob unbeabsichtigt oder unrechtmäßig, zur Vernichtung, zum Verlust, zur Veränderung, oder zur unbefugten Offenlegung von beziehungsweise zum unbefugten Zugang zu personenbezogenen Daten führt, die übermittelt, gespeichert oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden.

2. Maßnahmen zur Gewährleistung der Datensicherheit vor Ort (Gemeindeamt)

- 1.) Datenverarbeitungsanlagen sind für außenstehende nicht frei zugänglich (im Parteienverkehrraum ist immer ein Bediensteter anwesend)
- 2.) Datenverarbeitungsanlagen werden bei jedem Verlassen des Arbeitsplatzes mit einem Kennwort gesperrt (dieses wird regelmäßig geändert)
- 3.) Die Datenspeicherung auf einem Server erfolgt in einem abgeschlossenen Raum (ständig verschlossen), kann nur durch Bedienstete geöffnet werden.
- 4.) Der Server ist Passwort geschützt.
- 5.) Die Sicherung der Serverdaten erfolgt täglich mittels Magnetbänder. Diese Bänder werden im Safe sicher verwahrt. Nach Laufzeitende der Bänder werden diese vernichtet.
- 6.) Das Kopiergerät wird gleichzeitig als Drucker für alle Gemeindedokumente verwendet. Dieses Multifunktionsgerät ist ebenfalls nicht frei zugänglich. Sämtliche gedruckte Dokumente werden sofort von jeweiligen Bediensteten abgeholt.
- 7.) Die Archive in Papierform sind ebenfalls nicht frei zugänglich (versperrbar), in den jeweiligen Büros.
- 8.) Virenschutzprogramm auf allen Arbeitsstationen

3. Verarbeitungsverzeichnis

Nachfolgend findet sich das Verarbeitungsverzeichnis, das die grundlegenden Verarbeitungen von personenbezogenen Daten durch Gemeinden und Städte abbildet.

Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten gemäß Art 30 Abs 1 DSGVO

Angaben zum Verantwortlichen (Gemeinde/Stadt)

Name:	Marktgemeinde Neukirchen am Walde
Straße, Nr.:	Marktplatz 20
PLZ, Ort:	4724 Neukirchen am Walde
Telefon:	07278/3255
E-Mail:	gemeinde@neukirchen-walde.ooe.gv.at
Internetadresse:	www.neukirchen-walde.ooe.gv.at

Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Name:	Stadler Clemens
Straße, Nr.:	Marktplatz 20
PLZ, Ort:	4724 Neukirchen am Walde
Telefon:	07278/3255
E-Mail:	gemeinde@neukirchen-walde.ooe.gv.at

Versionsnummer: 1.1

Name der Datenanwendung:**1. Aktenverwaltung und Datenmanagement (zB. Endarchivierung in Miet- und Pachtakten) im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung; Förder- und Subventionsvergabe, Gemeindebetriebe, Freizeiteinrichtungen (Naturbad)****Beispiel:**

Mietverträge(Gemeindewohnhaus), Pachtverträge, Liste Interessenten Essen auf Räder (Freiwillige Fahrer unter 7 Personalverwaltung), Jugendtaxi, Saisonkarte Liste, Säuglingsgutscheine, Gewerbeliste, Liste Windelsäcke (sensible Daten: Bescheid Pflegestufe), Ausgabeliste Krankenbetten, Heizkostenzuschuss (sensible Daten: Lohnzettel), Pendlerbeihilfe

Zweck:

Formale Behandlung der vom Verantwortlichen zu besorgenden Geschäftsfälle (einschließlich der Aufbewahrung der bei dieser Tätigkeit angefallenen Dokumente). Verarbeitung und Übermittlung von Daten im Rahmen der Beziehung zwischen Verantwortlichen und Bürger sowie andere Gebietskörperschaften, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie zB Korrespondenz).

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

Gesetzliche Vorgaben

Vertragliche Vorgaben

Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Einbringer von Anträgen, Gesuchen, Anzeigen, Beschwerden und sonstigen Mitteilungen, die im Wirkungsbereich des Verantwortlichen schriftlich, mündlich oder telefonisch eingebracht werden und einer Erledigung bedürfen:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	38
	2	Akademische Grade	38
	3	Vorname	38
	4	Nachname	38
	5	Geb. Datum (Anträge Lehrling KommSt-Rückerstattung)	38
	6	Geb. Ort (Anträge Lehrling KommSt-Rückerstattung)	38
	7	Geb. Datum Eltern (Anträge Lehrling KommSt Rückerstattung)	38
	8	Geb. Ort Eltern (Anträge Lehrling KommsT Rückerstattung)	38
	9	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	38
	10	Zustellbevollmächtigter und Zustellanschrift	38

	11	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	38
	12	Aktenbezogene Informationen	38
Adressaten einer amtswegigen Geschäftstätigkeit:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	13	Titel	38
	14	Akademische Grade	38
	15	Vorname	38
	16	Nachname	38
	17	Anschrift	38
	18	Zustellbevollmächtigter und Zustellanschrift	38
	19	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	38
	20	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	38
	21	Aktenbezogene Informationen	38

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN, Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:

2. Verfahrensabwicklung im Rahmen der Hoheitsverwaltung, insb Bauwesen und angehängte Verfahren

Beispiel:

Feuerbeschau, Senkgrubennachweis, AGWR, Totenbeschau, Hunderegister, Fundamt, ROG-Liste, Bauamt-Liste, DIGIKAT

Zweck:

Abwicklung und Durchführung der hoheitlichen Verfahren im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich (insbesondere des Bau-, Jagd- und Fischereiwesens) und die damit zusammenhängende Datenverarbeitung.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortf d. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Verfahrensbeteiligte:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	31, 35, 38
	2	Akademische Grade	31, 35, 38
	3	Vorname	31, 35, 38
	4	Nachname	31, 35, 38
	5	Anschrift	31, 35, 38
	6	Zustellbevollmächtigter und Zustellanschrift	31, 35, 38
	7	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	31, 35, 38
	8	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	31, 35, 38
	9	Aktenbezogene Informationen	31, 35, 38
Sachbearbeiter:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	10	Titel	31, 35, 38
	11	Akademische Grade	31, 35, 38
	12	Vorname	31, 35, 38
	13	Nachname	31, 35, 38
	14	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	31, 35, 38
	15	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	31, 35, 38

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch

physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffsmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp; Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:

3. Teilnahme an genehmigten bzw freigegebenen (Standardanwendungen) Informationsverbundsysteme

Ein Informationsverbundsystem (IVS) ist die gemeinsame Verarbeitung von Daten in einer Datenanwendung durch mehrere Auftraggeber/Verantwortliche und die gemeinsame Benützung der Daten in der Art, dass jeder Auftraggeber/Verantwortliche auch auf jene Daten im System Zugriff hat, die von den anderen Auftraggebern/Verantwortlichen dem System zur Verfügung gestellt werden. Dazu zählen zB ZMR (Zentrales Melderegister, ehemals SA010), ZSR (Zentrales Staatsbürgerschaftsregister, ehemals SA009a), ZPR (Zentrales Personenstandsregister, ehemals SA008a), fundamt.gv.at, AGWR (Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister), ZeWaeR (Zentrales Wählerregister).

Die jeweiligen Informationsverbundsysteme, samt den datenschutzrechtsrelevanten Informationen wie insb „Betreiber“ des Informationsverbundsystems und damit für die Einhaltung des Datenschutzrechts (insb auch der Betroffenenrechte und TOMs) verantwortlich, sind über den kundgemachten Portalverbund „e-Government Bund-Länder-Gemeinden“, abrufbar auf dem zentralen Referenzserver unter: <https://www.ref.gv.at/>, zugangskontrolliert (Login) zugänglich.

Name der Datenanwendung:

4. Haushaltsführung, Steuern- und Abgabenverwaltung der Gemeinde und Nebenverfahren

Beispiel:

Abg. 1: Wassergebühr Tarif, Abg. 2: Zählermieter Tarif, Abg. 3: Kanalgrundgebühr, Abg. 4: Kanalbenützungsgeld, Abg. 6: Grundsteuer B, Abg. 7: Müllabfuhrgebür, Abg. 13: Lustbarkeitsabg, Abg. 46: Pacht, Abg. 49: Mahngebühr, Abg. 50: Säumniszuschlag, Abg. 74: Biomüllabfuhrgebühr, Abg. 101: Kanalbenützungsgeld, Abg. 180: Essen a. R., Abg. 211: Erhaltungsbeitrag WA, Abg. 212: Erhaltungsbeitrag Kanal, Abg. 231: KommSt, Abg. 272: Aufschließungsbeitrag WA, Abg. 273: Aufschließungsbeitrag KA, Abg. 274: Augschließungsbeitrag Verkehrsfl. Abg. 314 Hundeabgabe, Abg. 444 Betreuung Rotes Kreuz, Abg. 445 Ruhilfe Rotes Kreuz, Kommunalsteuerliste, Müllliste, Wassereichliste,

Zweck:

Finanzbuchhaltung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Erstellung von diversen Berichten und Abrechnungen sowie Voranschlägen, Budgetkontrolle, Verschreibung und Abrechnung bzw Einhebung von öffentlich-rechtlich geregelten Abgaben und Gebühren.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.
 - Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.
 - Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. d. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Sachbearbeiter:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	1, 5, 31, 45 – 47
	2	Akademische Grade	1, 5, 31, 45 – 47
	3	Vorname	1, 5, 31, 45 – 47
	4	Nachname	1, 5, 31, 45 – 47
	5	Telefonnummer	1, 5, 31, 45 – 47
	6	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	1, 5, 27, 31 45 – 47
Debitoren und Kreditoren des Verantwortlichen sowie sonstige Zahlungsempfänger und Einzahler:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	7	Titel	1, 5, 31, 45 – 47
	8	Akademische Grade	1, 5, 31, 45 – 47
	9	Vorname	1, 5, 31, 45 – 47
	10	Nachname	1, 5, 31, 45 – 47
	11	Anschrift	1, 5, 31, 45 – 47
	12	Telefonnummer	
	13	Faxnummer	1, 5, 31, 45 – 47
	14	Bankverbindungen	1, 5, 31, 46, 47
	15	Firmenbuchnummer	5, 31, 46, 47
	16	FA Steuernr. der Firma (KommSt)	1, 5, 31, 46, 47
	17	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27
	18	Aktenbezogene Informationen	1, 5, 31, 45 - 47
Kontaktperson oder Rechtsvertreter des Debtors oder Kreditors:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	19	Titel	1, 5, 31, 46, 47

	20	Akademische Grade	1, 5, 31, 46, 47
	21	Vorname	1, 5, 31, 46, 47
	22	Nachname	1, 5, 31, 46, 47
	23	Berufliche Anschrift	1, 5, 31, 46, 47
	24	Telefonnummer	1, 5, 31, 46, 47
	25	Faxnummer	1, 5, 31, 46, 47
	26	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27
Abgabepflichtige:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	27	Titel	1, 31, 48 - 52
	28	Akademische Grade	1, 31, 48 - 52
	29	Vorname	1, 31, 48 - 52
	30	Nachname	1, 31, 48 - 52
	31	Anschrift	1, 31, 48 - 52
	32	Aktenbezogene Informationen	1, 31, 48 - 52
	33	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	1, 31, 48 - 52
Haftende:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	34	Titel	1, 31, 48 - 52
	35	Akademische Grade	1, 31, 48 - 52
	36	Vorname	1, 31, 48 - 52
	37	Nachname	1, 31, 48 - 52
	38	Anschrift	1, 31, 48 - 52
	39	Bankverbindungen	1, 31, 48 - 52
	40	Aktenbezogene Informationen	1, 31, 48 - 52
	41	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27
Vertreter bzw. Zustellungsbevollmächtigte:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	42	Titel	1, 31, 49 – 52
	43	Akademische Grade	1, 31, 49 – 52
	44	Vorname	1, 31, 49 – 52
	45	Nachname	1, 31, 49 – 52
	46	Anschrift	1, 31, 49 – 52
	47	Bankverbindungen	1, 31, 49 – 52
	48	Aktenbezogene Informationen	1, 31, 49 – 52
	49	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27
Eigentümer/ Miteigentümer von Liegenschaften:		<u>Personenbezogene Informationen:</u>	
	50	Titel	31, 48 – 52
	51	Akademische Grade	31, 48 – 52
	52	Vorname	31, 48 – 52
	53	Nachname	31, 48 – 52
	54	Anschrift	31, 48 – 52
	55	Bankverbindungen	31, 48 – 52
	56	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27
	57	Aktenbezogene Informationen	31, 48 – 52

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffsmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN, Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

4.1 Vermögensbuchhaltung (k5 Finanz, Defakto XP) – SA014

Zweck:

Inventarverwaltung der öffentlichen Auftraggeber (SA014)

- Inventarverwaltung (Führung von Inventaraufzeichnungen),
- Unterstützung des Sachgüteraustausches und der Betriebsabrechnung (KORE),
- mit der Inventarverwaltung in Zusammenhang stehende Neben- und Hilfsaufzeichnungen über Lieferanten, Anschaffungskosten usw. durch die Wirtschaftsstellen von Auftraggebern des öffentlichen Bereiches des Datenschutzgesetzes, einschließlich automationsunterstützt erstellt und archivierter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
 - Bundeshaushaltsgesetz samt Richtlinien
 - Bundeshaushaltsverordnung samt Richtlinien
 - Inventar- und Materialrichtlinien
 - sonstige haushalts- und finanzrechtliche Regelungen des Bundes, haushalts- und finanzrechtliche Regelungen der Länder und Selbstverwaltungskörper.
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtiger Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.
 - Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.
 - Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Lieferanten bzw. Abgeber, Empfänger aus Sachgüteraustausch, Abnehmer von ausgedientem Inventar, Einbringer von Fremdinventar, Empfänger bzw. Nutzer von Inventar		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Name, Standesbezeichnung bzw. Bezeichnung des Unternehmens oder der Organisation	1, 5, 31, 45 – 47
	2	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen (soweit Bedienstete eines öffentlichen Auftraggebers)	1, 5, 31, 45 – 47
	3	Geschlecht	1, 5, 31, 45 – 47
	4	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	1, 5, 31, 45 – 47
	5	Wohnsitz	1, 5, 31, 45 – 47
	6	Bei Fremden die Daten des zur Identitätsfeststellung vorgewiesenen Reisedokuments	1, 5, 31, 45 – 47
	7	Gliederungseinheit (Inventarkennzahlen)	1, 5, 31, 45 – 47
	8	Buchungskreis	1, 5, 31, 45 – 47
	9	Kostenstelle (Dienststelle)	1, 5, 31, 45 – 47
Kontaktperson beim Lieferanten, Empfänger oder Abnehmer		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	10	Geschlecht	1, 5, 31, 46, 47

	11	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	1, 5, 31, 46, 47
	12	Wohnsitz	1, 5, 31, 46, 47
	13	Bei Fremden die Daten des zur Identitätsfeststellung vorgewiesenen Reisedokuments	1, 5, 31, 46, 47
	14	Anschrift	1, 5, 31, 46, 47
	15	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	1, 5, 31, 46, 47

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

 Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

 Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

 Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

 Wiederherstellung:

Siehe Punkt 4.

Anmerkungen:

 Organisatorische Maßnahmen:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

 Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

4.2 Haushaltsbuchhaltung (k5 Finanz, Defakto XP) – SA005

Zweck:

Haushaltsführung der Gebietskörperschaften und sonstigen juristischen Personen öffentlichen Rechts

- Erstellung von Voranschlägen; Finanzbuchführung, Zahlungsverkehr, Erstellung von Berichten, Betriebsabrechnungen, Neben- und Hilfsbuchführungen
- Auswertung der Daten zur Budgetkontrolle, zu strategischem Controlling sowie zur Liquiditätssteuerung der Gebietskörperschaften und sonstigen juristischen Personen öffentlichen Rechts, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
 - Bundeshaushaltsgesetz samt Richtlinien
 - Bundeshaushaltsverordnung samt Richtlinien
 - Inventar- und Materialrichtlinien
 - Finanzverfassungsgesetz
 - sonstige haushalts- und finanzrechtliche Regelungen des Bundes, haushalts- und finanzrechtliche Regelungen der Länder und Selbstverwaltungskörper.
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtiger Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben

- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Sachbearbeiter		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personalverwaltung (PV)	1, 5, 31, 45 - 47
	2	Rolle und Berechtigungen in der EDV	1, 5, 31, 45 - 47
	3	Name	1, 5, 31, 45 - 47
	4	Dienststelle	1, 5, 31, 45 - 47
	5	Dienstliche Telefonnummer	1, 5, 31, 45 - 47
Debitoren und Kreditoren des Auftraggebers sowie sonstige Zahlungsempfänger und Einzahler		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	6	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Zentrales Rechnungswesen (HR)	1, 5, 31, 45 - 47
	7	Aktenzahl	1, 5, 31, 45 - 47
	8	Name bzw. Bezeichnung und Firma, Anrede	1, 5, 31, 45 - 47
	9	Anschrift	1, 5, 31, 45 - 47
	10	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch	1, 5, 31, 45 - 47

		moderne Kommunikationstechniken ergeben	
	11	Daten über Waren und Dienstleistungen, die Gegenstand eines Geschäftes sind, Zahlungsgrund	1, 5, 31, 45 - 47
	12	Bankverbindungen	1, 5, 31, 46, 47
	13	Logistikinformationen (Lieferanschrift, besondere Informationen für eine Leistung, Incoterms)	1, 5, 31, 45 - 47
	14	Statistikdaten: Branche, Region	1, 5, 31, 45 - 47
	15	Techn. Organisationszuordnungen	1, 5, 31, 45 - 47
	16	Kontonummer, Kontowortlaut, Techn. Kontengruppierung	1, 5, 31, 45 - 47
	17	Einzelzahlungsbeträge samt Bestandteilen, Zuschlägen bzw. Abzügen	1, 5, 31, 45 - 47
	18	Salden	1, 5, 31, 45 - 47
	19	Korrespondenzsprachen, sonstige Vereinbarungen und Schlüssel zum Datenaustausch	1, 5, 31, 45 - 47
	20	Fälligkeits- bzw. Verzugsdaten, Konditionen	1, 5, 31, 45 - 47
	21	Mahndaten/Klagsdaten	1, 5, 31, 45 - 47
	22	Zahlungs- und Verrechnungsgrund	1, 5, 31, 45 - 47
	23	Angaben über Aufrechnung mit Forderungen des Bundes gemäß § 111 Abs. 5 BHG 2013 sowie Angaben über Aufrechnung mit Forderungen der Gebietskörperschaften gemäß den jeweils geltenden Abgabengesetzen und –verordnungen	1, 5, 31, 45 - 47
Banken		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	24	Name, Firma, Bezeichnung	1, 5, 31, 45 - 47
	25	Bankleitzahl	1, 5, 31, 45 - 47
	26	Anschrift	1, 5, 31, 45 - 47
	27	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	1, 5, 31, 45 - 47
	28	Kontoinhaber (Debitoren und Kreditoren des Auftraggebers, sowie	1, 5, 31, 45 - 47

		sonstige Zahlungsempfänger und Einzahler), Kontonummer	
	29	Korrespondenzsprachen, sonstige Vereinbarungen und Schlüssel zum Datenaustausch	
Kontaktperson oder Rechtsvertreter des Debtors oder Kreditors		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	30	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Zentrales Rechnungswesen (HR)	1, 5, 31, 46, 47
	31	Name bzw. Bezeichnung und Firma, Anrede	1, 5, 31, 46, 47
	32	Berufliche Anschrift	1, 5, 31, 46, 47
	33	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	1, 5, 31, 46, 47
	34	Funktion in Bezug auf den Debitor oder Kreditor	1, 5, 31, 46, 47
	35	Korrespondenzsprachen, sonstige Vereinbarungen und Schlüssel zum Datenaustausch	1, 5, 31, 46, 47

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Siehe Punkt 4.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

4.3 Abgabebuchhaltung SA004

Defakto – nicht gelöscht, kann weiter verwendet werden für alte Daten

Zweck:

Abgabenverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände: Vorschreibung, Einhebung und Abrechnung von öffentlich-rechtlich geregelten Abgaben und Gebühren durch die Gemeinden und Gemeindeverbände, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
 - Finanzverfassungsgesetz
 - Grundsteuergesetz
 - sonstige abgabenrechtliche Regelungen des Bundes, haushalts- und finanzrechtliche Regelungen der Länder und Selbstverwaltungskörper.
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtiger Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Abgabepflichtige		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Name oder Bezeichnung der Organisation und Firmenbuch- und DVR-Nummer	1, 31, 48 - 52
	2	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Steuern und Abgaben (SA)	1, 31, 48 - 52
	3	Anschrift	1, 31, 48 - 52
	4	Aktenzahl des Abgabenverfahrens	1, 31, 48 - 52
	5	Angaben über Ausmaß und Art der Abgabe oder Gebühr	1, 31, 48 - 52
	6	Berechnungs- und Bemessungsgrundlage	1, 31, 48 - 52
	7	Bestandteile, Zuschläge und Abzüge	1, 31, 48 - 52
	8	Fälligkeitsangaben	1, 31, 48 - 52
	9	Bankverbindungen	1, 31, 48 - 52
	10	Zahlungsbeträge, Salden	1, 31, 48 - 52
	11	Mahnkennzeichen, gemahnter Betrag	1, 31, 48 - 52
	12	Verrechnungskennzeichen	1, 31, 48 - 52
	13	Erwerbstätigkeit	1, 31, 48 - 52
	14	Daten der Rückstandsausweise	1, 31, 48 - 52
	15	Angaben über Gerichtsgebühren	1, 31, 48 - 52

Haftende		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	16	Name oder Bezeichnung der Organisation und Firmenbuch- und DVR-Nummer	1, 31, 48 - 52
	17	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Steuern und Abgaben (SA)	1, 31, 48 - 52
	18	Anschrift	1, 31, 48 - 52
	19	Aktenzahl des Abgabensverfahrens	1, 31, 48 - 52
	20	Angaben über Ausmaß und Art der Abgabe oder Gebühr	1, 31, 48 - 52
	21	Berechnungs- und Bemessungsgrundlage	1, 31, 48 - 52
	22	Bestandteile, Zuschläge und Abzüge	1, 31, 48 - 52
	23	Fälligkeitsangaben	1, 31, 48 - 52
	24	Bankverbindungen	31, 48 - 52
	25	Zahlungsbeträge, Salden	1, 31, 48 - 52
	26	Mahnkennzeichen, gemahnter Betrag	1, 31, 48 - 52
	27	Verrechnungskennzeichen	1, 31, 48 - 52
	28	Art und Dauer der Vollmacht	1, 31, 48 - 52
	29	Erwerbstätigkeit	1, 31, 48 - 52
	30	Daten der Rückstandsausweise	1, 31, 48 - 52
	31	Angaben über Gerichtsgebühren	1, 31, 48 - 52
Vertreter bzw. Zustellbevollmächtigte		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	32	Name	1, 31, 49 - 52
	33	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Steuern und Abgaben (SA)	1, 31, 49 - 52
	34	Anschrift	1, 31, 49 - 52
	35	Aktenzahl des Abgabensverfahrens	1, 31, 49 - 52
	36	Fälligkeitsangaben	1, 31, 49 - 52
	37	Bankverbindungen	1, 31, 49 - 52
	38	Zahlungsbeträge, Salden	1, 31, 49 - 52

	39	Art und Dauer der Vollmacht	1, 31, 49 - 52
Banken		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	40	Bezeichnung	
	41	Anschrift	
	42	Kontoinhaber, Kontonummer, Kontoart	
	43	Aktenzahl des Abgabensverfahrens	
	44	Zahlungsbeträge, Salden	
Eigentümer/Miteigentümer von Liegenschaften		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	50	Name oder Bezeichnung der Organisation und Firmenbuch- und DVR-Nummer	1, 5, 31, 45 - 47
	51	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Steuern und Abgaben (SA)	1, 5, 31, 45 - 47
	52	Anschrift	1, 5, 31, 45 - 47
	53	Aktenzahl des Abgabensverfahrens	1, 5, 31, 45 - 47
	54	Angaben über Ausmaß und Art der Abgabe oder Gebühr	1, 5, 31, 45 - 47
	55	Berechnungs- und Bemessungsgrundlage	1, 5, 31, 45 - 47
	56	Bestandteile, Zuschläge und Abzüge	1, 5, 31, 45 - 47
	57	Bankverbindungen	1, 5, 31, 46, 47

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Siehe Punkt 4.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018
Datum der letzten Änderung:

4.4 k5 EB – Erfassen und Bewerten

Zweck:

Erfassung und Bewertung des Gemeindevermögens

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
 - Finanzverfassungsgesetz
 - Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtiger Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Sachbearbeiter:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	1, 5, 31, 45 – 47
	2	Akad Grade	1, 5, 31, 45 – 47
	3	Vorname	1, 5, 31, 45 – 47
	4	Nachname	1, 5, 31, 45 – 47
	5	Telefonnummer	1, 5, 31, 45 – 47
	6	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	1, 5, 27, 31 45 – 47

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Siehe Punkt 4.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Siehe Punkt 4

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018
Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:**5. Staatsbürgerschaftsevidenz (ehemals SA009)****Beispiel:**

Liste Stb-Evidenz, Liste Stb-Nachweise, Heimatrolle

Zweck:

Führung der Staatsbürgerschaftsevidenz durch die Gemeinden und Gemeindeverbände als Staatsbürgerschaftsbehörden, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie zB Korrespondenz) in dieser Angelegenheit.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Personen, die in die Staatsbürgerschaftsevidenz einzutragen sind:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	27, 35, 42, 51, 53-59
	2	Akademische Grade	27, 35, 42, 51, 53-59
	3	Vorname	27, 35, 42, 51, 53-59
	4	Nachname	27, 35, 42, 51, 53-59
	5	Frühere Namen (Namensteile)	53-56, 35, 42, 51, 58, 59
	6	Geschlecht	
	7	Datum und Ort der Geburt	27, 35, 42, 51, 53-59
	8	Eintragungsstelle und Nummer der Geburt	35, 42, 51, 53-59
	9	Vermerk: ehelich/unehelich	35, 42, 53-55, 58
	10	Wohnanschrift	27, 35, 42, 51, 53-59
	11	Personenstand	42, 35, 51, 53-58,
	12	Daten der Eheschließung	53-55, 35, 42, 51, 58, 59
	13	Aktenbezogene Informationen	27, 35, 42, 51, 53-59
	14	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27
Eltern/Großeltern, von denen der Besitz der Staatsbürgerschaft abgeleitet ist:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	15	Titel	35, 42, 51, 53-55, 58, 59, 27
	16	Akademische Grade	35, 42, 51, 53-55, 58, 59, 27
	17	Vorname	35, 42, 51, 53-55, 58, 59, 27
	18	Nachname	35, 42, 51, 53-55, 58, 59, 27

	19	Datum und Ort der Geburt	35, 42, 51, 53-55, 58, 59, 27
	20	Eintragungsstelle	35, 42, 51, 53-55, 58, 59,
	21	Staatsangehörigkeit und Evidenzgemeinde	35, 42, 51, 53-55, 58, 59
	22	Daten zum Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft	53-56, 35, 42, 51, 58, 59
	23	Wohnort der leiblichen Mutter im Zeitpunkt der Geburt	35, 42, 51, 53-55, 58
	24	Aktenbezogene Informationen	53-56, 35, 42, 51, 58
	25	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27
Ehegatte:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	26	Titel	53-55, 35, 42, 51, 58, 59, 27
	27	Akademische Grade	53-55, 35, 42, 51, 58, 59, 27
	28	Vorname	53-55, 35, 42, 51, 58, 59, 27
	29	Nachname	53-55, 35, 42, 51, 58, 59, 27
	30	Datum und Ort der Geburt	53-55, 35, 42, 51, 58, 59, 27
	31	Eintragungsstelle der Geburt	35, 42, 51, 53-55, 58, 59
	32	Staatsangehörigkeit und Evidenzgemeinde	35, 42, 51, 53-56, 58, 59
	33	Daten zum Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft	35, 42, 51, 53-56, 58, 59
	34	Aktenbezogene Informationen	35, 42, 51, 53-56, 58
	35	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware. Papierakte im eigenen Raum u. Safe versperrt.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:

6. Personenstandsbücher (alt) und lokales Personenstandsregister (alt, ehemals SA008, SA008a)

Beispiel:

Standesamt-Liste

Zweck:

Ermittlung des Personenstandes und Führung der Personenstandsbücher (Geburten-, Ehe- und Sterbebuch) als Personenstandsbehörde und Ermittlung des Personenstandes und Führung des Lokalen Personenstandsregisters.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Einzutragende Personen:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	2	Akademische Grade	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	3	Vorname	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	4	Nachname	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	5	Tag und Ort der Geburt (bei im Ausland Geborenen zusätzlich auch Angabe des Staates)	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	6	Geschlecht	4, 28, 31, 52, 53, 60, 78, 84-86, 91
	7	Familienstand	
	8	Staatsangehörigkeit	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-86, 91, 94, 96
	9	Tag und Ort des Todes	76-87, 31, 4, 67, 40, 28, 90-92, 94, 53
	10	Datum und Ort der Eheschließung	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	11	Grund und Datum der Auflösung und Nichtigerklärung der Ehe	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	12	Datum und Ort der Begründung der eingetragenen Partnerschaft	77, 4, 67, 40, 84, 85, 86, 90, 53, 93
	13	Grund und Datum der Auflösung und Nichtigerklärung der eingetragenen Partnerschaft	77, 4, 67, 40, 84, 85, 86, 90, 53, 93
	14	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	
	15	Aktenbezogene Informationen	

		<u>Besondere Kategorien personenbezogener Daten:</u>	
	16	Religiöse Überzeugungen	84, 85, 60, 52, 86, 53, 94
Eltern:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	17	Titel	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	18	Akademische Grade	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	19	Vornamen	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	20	Nachnamen	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	21	Tag und Ort der Geburt	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-86, 91, 94, 96
	22	Geschlecht	4, 28, 31, 52, 53, 60, 78, 84-86, 91
	23	Familienstand	
	24	Tag und Ort des Todes	76-87, 31, 4, 67, 40, 28, 90-92, 94, 53
	25	Staatsangehörigkeit	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-86, 91, 94, 96
	26	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	
	27	Datum und Ort der Eheschließung	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
		<u>Besondere Kategorien personenbezogener Daten:</u>	
	28	Religiöse Überzeugungen	28, 31, 52, 53, 60, 78, 84-86, 91, 94,
Kinder:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	29	Titel	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	30	Akademische Grade	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	31	Vornamen	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	32	Nachnamen	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-87, 91, 94, 96
	33	Tag und Ort der Geburt	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-86, 91, 94, 96
	34	Geschlecht	4, 28, 31, 52, 53, 60, 78, 84-86, 91
	35	Familienstand	

	36	Tag und Ort des Todes	4, 28, 31, 40, 53, 67, 76-87, 90-92, 94
	37	Staatsangehörigkeit	4, 28, 31, 40, 52, 53, 60, 78, 81, 84-86, 91, 94, 96
	38	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	
		<u>Besondere Kategorien personenbezogener Daten:</u>	
	39	Religiöse Überzeugungen	28, 31, 52, 53, 60, 78, 84-86, 91, 94,

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN, Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:**7. Personalverwaltung (ehemals SA0015), inkl
Bewerberdatenverwaltung****Beispiel:**

Daten über Krankenstand (Zeitraum), Behinderungsgrad,
Gewerkschaftszugehörigkeit, Mittagspousenaufsicht Lehrer, Ferialpraktikanten
Liste Essen auf Räder(Fahrereinteilung), Dienstbücher

Zweck:

Verwendung und Evidenthaltung dienstrechtlicher, besoldungsrechtlicher,
ausbildungsbezogener und sonstiger mit dem Beschäftigungsverhältnis in
unmittelbarem Zusammenhang stehende personenbezogene Daten von öffentlichen
Bediensteten und sonstigen von Gemeinden und Gemeindeverbänden besoldeten
Personen.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages (zB Dienstvertrag), zur Durchführung vorvertraglicher
Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im
Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt
(Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde (zB um auf Anfragen oder Beschwerden von
Dritten entsprechend reagieren und bspw den Sach-/Fallbearbeiter damit
konfrontieren zu können)

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen
Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher
Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische
Forschungszwecke oder statistische Zwecke

**Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche
Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):**

- Gesetzlich vorgesehen
- Vorlage bei aufgenommen Bewerbern

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige: Bewerberdaten werden unverzüglich nach Besetzung der ausgeschriebenen Stelle gelöscht, es sei denn eine Zustimmung zur Evidenzhaltung liegt vor; Initiativbewerbungen werden in Evidenz gehalten. Die Evidenzhaltefrist beträgt 9 Monate; nach 9 Monaten werden die in Evidenz gehaltenen Daten gelöscht.

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann; es erfolgt keine umfangreiche Verarbeitung besonderer Datenkategorien iSd Art 9 DSGVO; besondere Datenkategorien werden alleine im Rahmen des Art 9 Abs 2 DSGVO verarbeitet und dabei insb im Rahmen der lit a, b und c.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Bezugs-/Entgeltempfänger; Volontäre und Zivildienstler (jeweils ohne Entgeltbezug):		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	1-19, 21-27, 29, 36
	2	Akademische Grade	1-19, 21-27, 29, 36
	3	Vorname	1-19, 21-27, 29, 36
	4	Nachname	1-19, 21-27, 29, 36
	5	Frühere Namen (Namensteile)	4, 6, 7, 9, 15, 17, 19, 22, 24, 25, 27
	6	Geburtsdatum	3-11, 13-19, 22, 24, 27-29
	7	Geburtsort und -land	4, 6, 7, 9, 14, 15, 19, 22, 24, 27, 28
	8	Staatsangehörigkeit	4, 6, 7, 9, 14, 15, 19, 24, 27, 28
	9	Geschlecht	4, 6, 7, 9, 11, 15, 19, 22, 24, 27, 28, 36
	10	Personenstand	4-7, 9, 11, 19, 27, 28

	11	Anschrift	3-7, 9-11, 13, 15, 19, 21, 22, 24, 27, 29
	12	Wohnsitz	27, 28
	13	Telefonnummer	
	14	E-Mail	
	15	Sozialversicherungsnummer	4
	16	Name, Sozialversicherungsnummer des (Ehe- oder eingetragenen) Partners	4-7, 9, 11, 19
	17	Staatsangehörigkeit des (Ehe- oder eingetragenen) Partners	4-7, 9, 11, 19
	18	Name, Sozialversicherungsnummer bzw Geburtsdatum der Kinder, Unterbringungsort der Kinder	4-7, 9, 11, 19
	19	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	1-27
		<u>Besondere Kategorien personenbezogener Daten:</u>	
	20	Gesundheitsdaten	30, 126
	21	Religionsbekenntnis (sofern für Zweckerfüllung notwendig)	
Bewerber:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	22	Titel (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	23	Akademische Grade (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	24	Vorname	19
	25	Nachname	19
	26	Geburtsdatum (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	27	Staatsbürgerschaft (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	28	Geschlecht (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	29	Anschrift (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	30	Telefonnummer (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	31	E-Mail-Adresse (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	32	Lichtbild (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
	33	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	19

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

 Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

 Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

 Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

 Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

7.1 k5 Lohn

Zweck:

Verwendung und Evidenthaltung dienstrechtlicher, besoldungsrechtlicher, ausbildungsbezogener und sonstiger mit dem Beschäftigungsverhältnis in unmittelbarem Zusammenhang stehender personenbezogener Daten von öffentlich Bediensteten und sonstigen von Gemeinden und Gemeindeverbänden besoldeten Personen (wie z. B. von Beamten, Vertragsbediensteten, Personen in Ausbildung, Aushilfskräften, Gemeinderatsmitgliedern und sonstigen Funktionären) sowie von Volontären und Zivildienern (jeweils ohne Entgeltbezug) durch die Dienstbehörden und Personalstellen zum Zweck von Einzelpersonalmaßnahmen und von statistischen Auswertungen, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten; Verwendung und Evidenthaltung von personenbezogenen Daten über den Eintritt des Versicherungsfalles zum Zweck der Mitteilung an die Versicherungsanstalt; Verwendung und Evidenthaltung arbeitsrechtlicher, ausbildungsbezogener und sonstiger mit dem Beschäftigungsverhältnis in unmittelbarem Zusammenhang stehender personen-bezogener Daten der Beschäftigten von Rechtsträgern, die durch Ausgliederung aus der Landes- oder Gemeindeverwaltung entstanden sind, zum Zweck von Einzelpersonalmaßnahmen und von statistischen Auswertungen, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten;

Übermittlung von personenbezogenen Daten von öffentlich Bediensteten, sonstigen von den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden besoldeten Personen und von Beschäftigten von Rechtsträgern, die durch Ausgliederung aus der Landes- oder Gemeindeverwaltung entstanden sind, zum Zweck der Veröffentlichung im Internet;

Verwendung und Evidenthaltung von personenbezogenen Daten von Bewerbern, wenn diese Daten vom Betroffenen angegeben wurden.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages (zB Dienstvertrag), zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
 - Einkommensteuergesetz
 - Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
 - Arbeitslosenversicherungsgesetz
 - Angestelltengesetz
 - OÖ Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz
 - OÖ Kinderbetreuungs-Dienstgesetz
 - OÖ Landesgehaltsgesetz
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde (zB um auf Anfragen oder Beschwerden von Dritten entsprechend reagieren und bspw den Sach-/Fallbearbeiter damit konfrontieren zu können)

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtiger Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung

- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.
 - Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.
 - Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. d. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Dienstnehmerstamm		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	1-19, 21-27, 29, 36
	2	Akad Grade	1-19, 21-27, 29, 36
	3	Vorname	1-19, 21-27, 29, 36
	4	Nachname	1-19, 21-27, 29, 36
	5	Frühere Namen (Namensteile)	4, 6, 7, 9, 15, 17, 19, 22, 24, 25, 27
	6	Geburtsdatum	3-11, 13-19, 22, 24, 27-29
	7	Geburtsort und -land	4, 6, 7, 9, 14, 15, 19, 22, 24, 27, 28

	8	Staatsangehörigkeit	4, 6, 7, 9, 14, 15, 19, 24, 27, 28
	9	Geschlecht	4, 6, 7, 9, 11, 15, 19, 22, 24, 27, 28, 36
	10	Personenstand	4-7, 9, 11, 19, 27, 28
	11	Anschrift	3-7, 9-11, 13, 15, 19, 21, 22, 24, 27, 29
	12	Wohnsitz	1-27
	13	Telefonnummer	1-27
	14	E-Mail	1-27
	15	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	1-27
	16	Familienstand	1-19
	17	Bankverbindung	1,2
	18	Sozialversicherungsnummer	4, 5, 11, 12, 25, 28, 39, 67,
	19	Religion	38
	20	organisatorische Zuordnung im Betrieb	38
	21	Beruf	4, 12
	22	Lichtbild	38
	23	Legitimation	38
	24	Finanzamtsangaben	5
Variabler Dienstnehmerstamm		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	25	Lohnsteuerdaten (Lohnsteuer)	5
	26	Sozialversicherungsdaten (Sozialversicherung / Abfertigung)	4, 25
	27	Sonstige Pflichten	38
	28	Besoldungsrechtliche Daten (Kollektivvertrag/Schemenverwaltung)	12
	29	Beiträge für Mitgliedschaften (Betriebsrat/Gewerkschaft)	8
	30	Urlaubsverwaltung	38
	31	% Grad der Behinderung	38
Variabler Dienstnehmerstamm		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	32	Ein und Austrittsdaten	3, 4, 5, 9, 11, 12, 13, 25, 28, 39, 67
	33	Krankenstandsdaten	39
	34	Daten über Abwesenheit	38
Persönliche Sätze		<u>Personenbezogene Daten:</u>	

	35	Beschäftigungsausmaß	12, 67
	36	Bezugsvorschüsse	3
Mitversicherte		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	37	Kinder und sonstige Familienangehörige	3, 5
Exekutionen		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	38	Exekutionsdaten	3
Lohndatenzuordnung		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	39	Entgeltdaten	1, 2, 3, 4, 5, 9, 11, 12, 13, 25, 39, 67,
Reisekosten		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	40	Angaben zu Dienstreisen	38
Vordienstzeiten pro Dienstnehmer		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	41	Daten zu vorangegangenen Beschäftigungsverhältnissen und Ausbildungszeiten	38
Schwerarbeitstätigkeit		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	42	Schwerarbeitszeiten	4
Dienstvertragsdaten		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	43	Dienstvertrag bzw. Dienstvertragsnachträge	38

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Siehe Punkt 7

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Siehe Punkt 7

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Siehe Punkt 7

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Siehe Punkt 7

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Siehe Punkt 7

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018
Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:**8. User Help-Desk (zB auch in Form eines Ticketsystems),
Servicedesk - Gemdat****Zweck:**

Bei der Unterstützung von Anwendern bei Hard- und Softwareproblemen, aber auch in andern Arbeitsbereichen werden/können insb auch Daten der User oder Daten aus Geschäftsfällen, die von Bürger eingemeldet wurden, verarbeitet werden.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Behörde, insb Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der IKT und damit Sicherstellung der Leistungsbereitschaft/-erbringung an die Bürger

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige: Nach Schließen des Tickets ist der Personenbezug zu beseitigen

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:**Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:**

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Behördenmitarbeiter, Bürger:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	125
	2	Akademische Grade	125
	3	Vorname	125
	4	Nachname	125
	5	Anschrift	125
	6	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	125
	7	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung insb Personen- und Benutzerkennzeichen	125
	8	Aktenbezogene Informationen den Bürger betreffend	125

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

 Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

 Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

 Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:

9. Informationsportale für Bürger sowie Bürgerservice

Beispiel:

Ferienpass, Adventroas

Zweck:

Anbieten diverser Serviceleistungen und Informationen für die Bürger, sowie Aufnahme von Beschwerden; Info-Stelle für zB Ärzte- und Apothekendienste.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Bürger:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	125
	2	Akademische Grade	125
	3	Vorname	125
	4	Nachname	125
	5	Anschrift	125
	6	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	125
Bürgerservicestellen (Ärzte, Apotheken, ...):		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	7	Titel	36
	8	Akademische Grade	36
	9	Vorname	36
	10	Nachname	36
	11	Anschrift	36
	12	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	36
	13	Webseite	36

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verweh rung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffsm aßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

 Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

 Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

 Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

 Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

9.1 RIS Kommunal

Zweck:

RIS Kommunal wird im Allgemeinen verwendet, um Daten wie Anfragen zu beantworten, Registrierung zu bearbeiten oder Zugang zu bestimmten Informationen (Veranstalter, Kontakt Inserat, Kontakt Sehenswürdigkeit, Gemeindebedienstete, Sitzungsprotokolle, Kontakt Mitfahrbörse, Kontakt und Ansprechpersonen Gelbeseite) anzeige zu verschaffen. Zusätzlich werden Daten für die Anmeldung und Aussendung von Newsletter erfasst und verwaltet.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtiger Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Benutzer – registrierter User		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	38
	2	Akad Grade	38
	3	Vorname	38
	4	Nachname	38
	5	Geschlecht	38
	6	Anschrift	38
	7	E-Mail Adresse	38
	8	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	38
Newsletter		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	9	Titel	36
	10	Akad Grade	36
	11	Vorname	36
	12	Nachname	36
	13	Geschlecht	36
	14	E-Mail Adresse	36
	15	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	36
Sitzungsprotokolle		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	--	Keine	

Intranet		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	--	Keine	
Sehenswürdigkeiten Kontaktperson		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	16	Titel	36
	17	Akad Grade	36
	18	Vorname	36
	19	Nachname	36
	20	Anschrift	36
	21	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	36
Gelbe Seiten Kontaktperson		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	22	Titel	36
	23	Akad Grade	36
	24	Vorname	36
	25	Nachname	36
	26	Anschrift	36
	27	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	36
Person (Mitarbeiter)		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	28	Titel	36
	29	Akad Grade	36
	30	Vorname	36
	31	Nachname	36
	32	Anschrift	36
	33	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	36
	34	Foto	36

	35	Zuständigkeitsbereich	36
Politische Person Zusatzdaten		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	36	Partei	36
	37	Listenplatz	36
	38	Beruf	36
	39	Adresse	36
Verwaltungsperson Zusatzdaten		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	40	Dienstposten / Verwaltungsgruppe	36
	41	Funktionslaufbahn GD	36
	42	Geburtsdatum	36
	43	Eintrittsdatum	36
Mitfahrbörse		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	45	Titel	36
	46	Akad Grade	36
	47	Vorname	36
	48	Nachname	36
	49	Anschrift	36
	50	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	36
Veranstaltung Kontakt		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	51	Titel	36
	52	Akad Grade	36
	53	Vorname	36
	54	Nachname	36
	55	Anschrift	36
	56	Webseite	36

	57	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	36
Inserat		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	58	Titel	36
	59	Akad Grade	36
	60	Vorname	36
	61	Nachname	36
	62	Anschrift	36
	63	Webseite	36
	64	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	36

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Siehe Punkt 9

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Siehe Punkt 9

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Siehe Punkt 9

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Siehe Punkt 9

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Siehe Punkt 9

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018
Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:

10. Kinderbetreuungsdatenmanagement, einschließlich Einhebung der Kindergarten- und Hortbeiträge, sowie Einhebung der Schulessensbeiträge

Beispiel:

Schulanfängerliste für VS, Kindergartenanfängerliste für KIGA,

Zweck:

Überwachung und Einhaltung der allgemeinen Kindergartenpflicht, sowie Einhebung der Kindergarten- und Hortbeiträge inkl Essensbeiträge der Schulen.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann; insb werden keine besonderen Datenkategorien iSd Art 9 DSGVO umfangreich verarbeitet, sondern nur im Einzelfall, wenn dies zur Zweckerfüllung notwendig ist, gespeichert und nicht an Dritte weitergegeben, ausgenommen Gesundheitsdaten, die im Einzelfall an von Gesetzes wegen zur Verschwiegenheit verpflichtete Ärzte (insb § 54 ÄrzteG) weitergegeben werden.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortfl d. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungs-empfänger:
Kinder:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Vorname	51
	2	Nachname	51
	3	Anschrift	51
	4	Geschlecht	51
	5	Staatsangehörigkeit	51
	6	Geburtsdatum	51
		<u>Besondere Kategorien personenbezogener Daten:</u>	
Gesetzliche Vertreter:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	7	Titel	
	8	Akademische Grade	
	9	Vorname	51
	10	Nachname	51
	11	Anschrift inkl elektronische Adresse	51
	12	Bankverbindung	1
Abholberechtigte:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	13	Vorname	51
	14	Nachname	51
	15	Elektronische Adresse, Telefonnummer	51

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

☒ Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffsmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

☒ Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

☒ Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

☒ Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

☒ Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

☒ Sonstige: Die Weitergabe von Gesundheitsdaten an Ärzte erfolgt entweder persönlich in nicht elektronischer Form oder in elektronischer Form, dann aber dem Stand der Technik für derartige Daten entsprechend zugangs- und zugriffskontrolliert.

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:**11. Abwicklung von Vergabeverfahren****Zweck:**

Abwicklung der Verfahren zur Beschaffung von Leistungen im öffentlichen Bereich.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:**Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:**

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.
 - Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7

DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortf d. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Personen (zB RechtsanwältInnen/ZiviltechnikerInnen), die im Auftrag der beschaffungsbefugten Dienststelle die Beauftragungen durchführen (EinkäuferIn, BeschafferIn):		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	32, 72, 73, 75
	2	Akademische Grade	32, 72, 73, 75
	3	Vorname	32, 72, 73, 75
	4	Nachname	32, 72, 73, 75
	5	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	32, 72, 73, 75
	6	Sonstige Daten zur Personenidentifizierung	32, 72, 73, 75
Kontaktperson der auftraggebenden Dienststelle:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	7	Titel	32, 74, 75
	8	Akademische Grade	32, 74, 75
	9	Vorname	32, 74, 75
	10	Nachname	32, 74, 75
	11	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	32, 74, 75
BieterIn/BewerberIn, Kontaktperson:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	12	Titel	32, 72, 73, 75
	13	Akademische Grade	32, 72, 73, 75
	14	Vorname	32, 74, 75,
	15	Nachname	32, 74, 75,
	16	Adresse	32, 74, 75,
	17	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	32, 74, 75,
	18	Homepage	32, 74, 75,
	19	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	32, 75

		<u>Personenbezogene Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):</u>	
	20	Auskunft des Bundesministeriums für Finanzen gemäß §28b AuslBG (Zentrale Verwaltungsstrafevidenz)	32, 75
	21	Auszug aus dem Verwaltungsstrafregister	32, 75
	22	Auszug aus dem Strafregister	32, 75
Sachverständige/r:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	23	Titel	32, 75
	24	Akademische Grade	32, 75
	25	Vorname	32, 75
	26	Nachname	32,75
	27	Adresse	32, 75
	28	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	32, 75
	29	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	32, 75

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

12. LMR

Wählerevidenz ab 01.01.2018 ZeWaeR: Laut Erlass vom 20.04.18 BMI-WA1330/0001-III/6/2018 Löschung der lokal gespeicherten Wählerevidenzen gemäß §17 Abs.2 des Wählerevidenzgesetzes 2018

Beispiel:

Haushaltskarteikarte, Suchkartei, Liste Geburten, Liste Sterbefälle, Ea/g Ordner (An- und Abmeldungen, Strafregisterauszug- und Antrag, Antrag Wohnbeihilfe, Urkunden, Antrag Familienkarte, Einverständniserklärung Zeitungen) Kirchenbeitragsstelle, Altentag, Geburtstags- Jubiläumslisten

Zweck:

Führung des lokalen Melderegisters durch die Bürgermeister (Gemeindeämter oder Magistrate), einschließlich automationsunterstützt erstellter und aufbewahrter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in dieser Angelegenheit.

- a) Führung der Wählerevidenz und Erstellung der Wählerverzeichnisse (für Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen) und der Stimmlisten (für Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen); Erstellung der Wählerverzeichnisse für Landtags-, Gemeinderats-, Bezirksvertretungs- und Bürgermeisterwahlen sowie der Stimmlisten für Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften und der Wählerverzeichnisse für die Wahlen zu beruflichen Interessenvertretungen;
- b) Evidenzhaltung der Daten von Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (zB gemäß § 22 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 (NRWO), BGBl. Nr. 471, in der geltenden Fassung);
- c) Evidenz der Angehörigen eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, die in Österreich an den Kommunalwahlen teilnehmen (Unionsbügerevidenz) durch die Gemeinden (Gemeindeämter);

einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie zB Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
 - Meldegesetz
 - E-Government-Gesetz
 - Registerzählungsgesetz
 - Oö. Auskunftspflicht-, Datenschutz- und Informationsweiterverwendungsgesetz

- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtiger Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.
 - Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.
 - Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. d. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Alle in der Gemeinde aufrecht gemeldeten und abgemeldeten Personen:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personenidentität und Bürgerrechte (zur Person) (ZP)	27, 58
	2	Mit dem öffentlichen Schlüssel des ZMR verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personenidentität und Bürgerrechte (zur Person) (ZP)	58

	3	Mit dem öffentlichen Schlüssel der Bundesanstalt „Statistik Österreich“, verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Amtliche Statistik (AS)	58
	4	Ordnungsnummer(n)	58, 81, 93, 114
	5	Melderegisterzahl (ZMR-Zahl)	42, 58, 60, 81, 88, 93, 96, 114, 115, 119-122, 124
	6	Name	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	7	Frühere Namen (Namensteile)	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	8	Geburtsdatum	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	9	Geburtsort, Bundesland	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	10	Staat des Geburtsortes	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	11	Personenstand	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	12	Reisedokument bei Fremden (Art, Nummer, Ausstellungsdatum und ausstellende Behörde, Ausstellungsstaat)	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	13	Sonstige Dokumente zum Nachweis der Identitätsdaten (§ 1 Abs. 5a in Verbindung mit § 3 Abs. 3 MeldeG)	58, 93
	14	Geschlecht	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	15	Staatsangehörigkeit	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	16	Religionsbekenntnis	88
	17	Adresse eines Hauptwohnsitzes	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	18	Adressen sonstiger Wohnsitze	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	19	Ortsgemeinde einer Hauptwohnsitzbestätigung gemäß § 19a MeldeG	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	20	Adresse der Kontaktstelle gemäß § 19a MeldeG	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	21	Name des Unterkunftgebers	42, 58, 60, 81, 93, 96, 114-124
	22	Datum der Anmeldung	1, 2, 3, 4, 9, 12, 13, 16, 28, 38, 39, 48, 58, 105
	23	Datum der Abmeldung	1, 2, 3, 4, 9, 12, 13, 16, 28, 38, 39, 48, 58, 105
	24	Verzogen nach (Ortsgemeinde, Bundesland bzw. Staat/Ausland)	1, 2, 3, 4, 9, 12, 13, 16, 28, 38, 39, 48, 58, 105
	25	Grund der Anmeldung	1, 2, 3, 4, 9, 12, 13, 16, 28, 38, 39, 48, 58, 105
	26	Grund der Abmeldung	1, 2, 3, 4, 9, 12, 13, 16, 28, 38, 39, 48, 58, 105
	27	Abänderung von Meldedaten gemäß § 11 bzw. 15 MeldeG	1, 2, 3, 4, 9, 12, 13, 16, 28, 38, 39, 48, 58, 105

	28	Bescheiddaten bei Einwendung des Meldepflichtigen gegen eine beabsichtigte An-, Ab- oder Ummeldung von Amts wegen (§ 15 Abs. 2 MeldeG)	1, 2, 3, 4, 9, 12, 13, 16, 28, 38, 39, 48, 58, 105
	29	Berichtigung des Melderegisters auf Grund eines durchgeführten Reklamationsverfahrens (Bescheiddaten gemäß § 17 Abs. 5 MeldeG)	58, 93
	30	Auskunftssperre gemäß § 18 Abs. 2 MeldeG (und Gründe der Erlassung, Verlängerung oder Aufhebung samt Geschäftszahl und Behörde; Geltungszeitraum)	1, 28, 58
	31	Hinweise auf Verwaltungsverfahren (Behörde, Aktenzeichen, Datum der Speicherung) gemäß § 14 Abs. 1 MeldeG	3, 39, 58
	32	Aliasdaten (Identitätsdaten)	3, 39, 58
	33	Herkunftsvermerk (Standesamt, AZ, Datum)	3, 4, 28, 31, 38, 39, 48, 93 105,
	34	Vorhandene und historische Standarddokumente (Dokumentenart, Dokumentennummer, Ausstellungsdatum, Ausstellungsbehörde, Ausstellungsstaat, Ablaufdatum)	38
	35	Protokolleintrag von Eingaben (Bearbeitungsdatum, Gültigkeitsdatum, Sachbearbeiter, Bearbeitungshinweise, Grund des Zugriffs)	--
	36	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen:	28, 58
		Personenidentität und Bürgerrechte (zur Person) (ZP)	28, 58
	37	Mit dem öffentlichen Schlüssel des ZMR verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personenidentität und Bürgerrechte (zur Person) (ZP)	28, 58
	38	Mit dem öffentlichen Schlüssel der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Amtliche Statistik (AS)	28, 58
	39	ZMR-Zahl	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	40	Name	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	41	Frühere Namen (Namensteile)	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	42	Geburtsdatum	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	43	Geburtsort, Bundesland	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	44	Staat des Geburtsortes	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119

	45	Personenstand	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	46	Reisedokument bei Fremden (Art, Nummer, Ausstellungsdatum und ausstellende Behörde)	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	47	Sonstige Dokumente zum Nachweis der Identitätsdaten (§ 1 Abs. 5a in Verbindung mit § 3 Abs. 3 MeldeG)	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	48	Geschlecht	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	49	Staatsangehörigkeit	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	50	Adresse eines Hauptwohnsitzes	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	51	Adressen sonstiger Wohnsitze	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	52	Name, Adresse und Anstaltschlüssel der Haftanstalt	3, 38, 39, 58
	53	Haftanstalt (Adresse)	4, 12, 27, 42, 58, 60, 81, 93, 105, 114, 115, 119
	54	Tag der Einlieferung (Haftbeginn)	1, 2, 3, 4, 12, 28, 38, 39, 48, 58, 93, 105
	55	Tag der Entlassung (Haftende)	1, 2, 3, 4, 12, 28, 38, 39, 48, 58, 93, 105
	56	Adresse der Haftanstalt bei Überstellung	1, 2, 3, 4, 12, 28, 38, 39, 48, 58, 93, 105
	57	Wohnadresse nach der Entlassung	1, 2, 3, 4, 12, 28, 38, 39, 48, 58, 93, 105
	58	Amtswegige Auskunftssperre (von/bis)	1, 2, 31, 58
	59	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen:	27, 58
	60	ZMR-Zahl	39, 58
	61	Name	39, 27, 58
	62	Geburtsdatum	39, 27, 58
	63	Geburtsort, Bundesland, Staat	39, 27, 58
	64	Geschlecht	39, 27, 58
	65	Staatsangehörigkeit	39, 27, 58
	66	Reisedokument bei Fremden (Art, Nummer, Ausstellungsbehörde und Ausstellungsdatum)	39, 27, 58
	67	Sonstige Dokumente zum Nachweis der Identitätsdaten (§ 1 Abs. 5a MeldeG)	39, 27, 58
	68	Personenhinweis (Behörde Aktenzeichen, Datum des Ersuchens, Art und Grund der Fahndung, spätestens Datum der Löschung)	39, 27, 58

	69	Status (Aviso [nicht] freigegeben)	39, 27, 58
	70	Ähnlicher Datensatz besteht (keine Ausgabe)	--
	71	Zustelladresse, die für das Ergänzungsregister angegeben wurde	27
	72	Frühere Namen (Namensteile)	27
Wählerevidenz		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	73	Ordnungsnummer	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	74	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personenidentität und Bürgerrechte (ZP)	38
	75	Buchstaben-/Ziffernkombination	--
	76	Aufnahme-/Eintragungsdatum	61
	77	Name	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	78	Geburtsjahr	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	79	Geburtstag und -monat	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	80	Geschlecht	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	81	Hauptwohnsitz (Wohnadresse)	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	82	Früherer Hauptwohnsitz	38, 61, 63,
	83	Regionalwahlkreis	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	84	Wahlsprengelzugehörigkeit	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	85	Gemeindebezeichnung (Gemeindekennziffer – GKZ)	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	86	Unterstützung eines Wahlvorschlages (zB gemäß § 42 Abs. 3 NRWO oder § 7 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971)	--
	87	Unterstützungserklärungen sowie Unterschriften für Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren aufgrund bundes- oder landesgesetzlicher Bestimmungen	61, 63
	88	Ausstellung einer Wahlkarte (zB gemäß § 40 Abs. 1 NRWO)	3, 63,
	89	Amtswegige Zustellung einer Wahlkarte (§ 9 Abs. 4 Wählerevidenzgesetz 1973)	--
	90	Nichtigkeit einer Briefwahlstimme (zB gemäß § 90 Abs. 1 NRWO)	63
	91	Richtigstellungen der Wählerevidenz	39, 61, 63,

	92	Richtigstellungen des Wählerverzeichnisses	5, 48, 63,
	93	Streichungsvermerk	61, 63
	94	Neuer Hauptwohnsitz	61, 63
	95	Ordnungsnummer	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	96	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personenidentität und Bürgerrechte (ZP)	38
	97	Aufnahme-/Eintragungsdatum	61
	98	Name	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	99	Geburtsjahr	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	100	Geburtstag und -monat	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	101	Geschlecht	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	102	Hauptwohnsitz im Ausland	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	103	Früherer Hauptwohnsitz	38, 61, 63
	104	Bezugsanschrift/Anknüpfungspunkt gemäß § 2a Abs. 1 oder 2 des Wählerevidenzgesetzes 1973	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	105	E-Mail-Adresse	1, 2, 39
	106	Regionalwahlkreis	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	107	Wahlsprenzelzugehörigkeit	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	108	Gemeindebezeichnung (Gemeindekennziffer – GKZ)	1, 2, 3, 5, 28, 31, 38, 39, 48, 61, 62, 63
	109	Beginn und Ende der Eintragung gemäß §§ 2 Abs. 3 und 2a Abs. 4 des Wählerevidenzgesetzes 1973	63
	110	Richtigstellungen der Wählerevidenz	39, 61, 63,
	111	Richtigstellungen des Wählerverzeichnisses	5, 48, 63
	112	Unterstützung eines Wahlvorschlages (zB gemäß § 42 Abs. 3 NRW oder § 7 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971)	--
	113	Unterstützungserklärungen sowie Unterschriften für Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren aufgrund bundes- oder landesgesetzlicher Bestimmungen	61, 63
	114	Ausstellung einer Wahlkarte (zB gemäß § 40 Abs. 1 NRW)	3, 63,
	115	Amtswegige Zustellung einer Wahlkarte	--

	116	Nichtigkeit einer Briefwahlstimme (zB gemäß § 90 Abs. 1 NRWO)	63
	117	Streichungsvermerk	61
	118	Neuer Hauptwohnsitz	38, 61, 63,
Evidenz der vom Wahlrecht ausgeschlossenen Personen		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	119	Ordnungsnummer	1, 2, 31
	120	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personenidentität und Bürgerrechte (ZP)	5
	121	Aufnahme-/Eintragungsdatum	1, 2,
	122	Name	1, 2, 5, 31
	123	Geburtsjahr	1, 2, 5, 31
	124	Geburtstag und -monat	1, 2, 5, 31
	125	Geschlecht	1, 2, 5, 31
	126	Hauptwohnsitz (Wohnadresse)	1, 2, 5, 31
	127	Früherer Hauptwohnsitz	1, 2, 5, 31
	128	Bezugsanschrift/Anknüpfungspunkt gemäß § 2a Abs. 1 oder 2 des Wählerevidenzgesetzes 1973 (nur bei Österreichern mit Hauptwohnsitz im Ausland)	1, 2, 5, 31
	129	Regionalwahlkreis	1, 2, 5, 31
	130	Wahlsprengelzugehörigkeit	1, 2, 5, 31
	131	Gemeindebezeichnung (Gemeindekennziffer – GKZ)	1, 2, 5, 31
	132	Beginn und Ende der Eintragung gemäß §§ 2 Abs. 3 und 2a Abs. 4 des Wählerevidenzgesetzes 1973	1, 2, 5, 31
	133	Unterstützung eines Wahlvorschlages (zB gemäß § 42 Abs. 3 NRWO oder § 7 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971)	1, 2, 5, 31
	134	Unterstützungserklärungen sowie Unterschriften für Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren aufgrund bundes- oder landesgesetzlicher Bestimmungen	1, 2, 5, 31
	135	Richtigstellungen der Wählerevidenz	1, 2, 5, 31
	136	Richtigstellungen des Wählerverzeichnisses	1, 2, 5, 31
	137	Ausstellung einer Wahlkarte (zB gemäß § 40 Abs. 1 NRWO)	1, 2, 5, 31
	138	Streichungsvermerk	1, 2, 5, 31
	139	Neuer Hauptwohnsitz	1, 2, 5, 31
	140	Dauer der Ausschließung vom Wahlrecht	1, 2, 5, 31

Unionsbürgerevidenz		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	141	Ordnungsnummer	1, 2, 5, 31, 48, 61, 62
	142	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personenidentität und Bürgerrechte (ZP)	63
	143	Aufnahme-/Eintragungsdatum	1, 2
	144	Name	1, 2, 5, 31, 48, 61, 62, 63
	145	Geburtsjahr	1, 2, 5, 31, 48, 61, 62, 63
	146	Geburtstag und -monat	1, 2, 5, 31, 48, 61, 62, 63
	147	Geschlecht	1, 2, 5, 31, 48, 61, 62, 63
	148	Staatsangehörigkeit	1, 2, 5, 31
	149	Hauptwohnsitz (Wohnanschrift)	1, 2, 5, 31, 48, 61, 62, 63
	150	Früherer Hauptwohnsitz in Österreich	1, 2, 31, 63
	151	Regionalwahlkreis	1, 2, 5, 31, 48, 61
	152	Wahlsprenzelzugehörigkeit	1, 2, 5, 31, 48, 61, 62
	153	Gemeindebezeichnung (Gemeindekennziffer – GKZ)	1, 2, 5, 31, 48, 61
	154	Unterstützung eines Wahlvorschlages	--
	155	Ausstellung einer Wahlkarte	31, 62
	156	Amtswegige Zustellung einer Wahlkarte (zB gemäß § 12 Abs. 4 EuWEG)	--
	157	Nichtigkeit einer Briefwahlstimme	31
	158	Richtigstellungen der Wählerevidenz	1, 2, 5, 31
	159	Richtigstellungen des Wählerverzeichnisses	1, 2, 31, 48
	160	Streichungsvermerk	1, 2,
	161	Neuer Hauptwohnsitz	1, 2, 31, 63

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

☒ Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrgung des Zugangs bzw. Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

 Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

 Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

 Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte)

Anmerkungen:

 Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:

13. Sitzungsmanagement, Mandatar-Infoportal und Mandatarverzeichnis

Beispiel:

Liste Mandatare (Gremien)

Zweck:

Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, Führen des Mandatarverzeichnisses.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.

Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Mandatare:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	97,98
	2	Akademische Grade	97,98
	3	Vorname	97,98
	4	Nachname	97,98
	5	Anschrift	97,98
	6	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	97,98
	7	Geburtsdatum	97,98
	8	Bankverbindung	1, 97,98
		<u>Besondere Kategorien personenbezogener Daten:</u>	
	9	Politische Meinung	97,98

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

Name der Datenanwendung:**14. Wahladministration (Wahlmitarbeiterverzeichnis, Wählerevidenz, Wählerverzeichnisse und Stimmlisten, ehemals SA011)**

Wählerevidenz ab 01.01.2018 ZeWaeR: Laut Erlass vom 20.04.18 BMI-WA1330/0001-III/6/2018 Löschung der lokal gespeicherten Wählerevidenzen gemäß §17 Abs.2 des Wählerevidenzgesetzes 2018

Beispiel:

Karteikarte Wählerevidenz

Zweck:

Führung der Wählerevidenz und Erstellung der Wählerverzeichnisse und der Stimmlisten; Evidenthaltung der Daten von Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind; Evidenz der Angehörigen eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, die in Österreich an den Kommunalwahlen teilnehmen durch die Gemeinden.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.
 - Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.
 - Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. d. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
In der Wählerevidenz der Gemeinde eingetragene Österreicher mit Hauptwohnsitz:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	27, 58, 59, 82, 99-107
	2	Akademische Grade	27, 58, 59, 82, 99-107
	3	Vorname	27, 58, 59, 82, 99-107
	4	Nachname	27, 58, 59, 82, 99-107
	5	Geburtsdatum	27, 58, 59, 82, 99-107
	6	Geschlecht	58, 59, 82, 99-105, 107
	7	Hauptwohnsitz (Wohnadresse)	27, 58, 59, 99-107
	8	Früherer Hauptwohnsitz	27, 104, 105
	9	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	
		<u>Besondere Kategorien von personenbezogenen Daten:</u>	
	10	Politische Meinung (Unterstützung eines Wahlvorschlages (zB gemäß § 42 Abs. 3 NRWO oder § 7 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971; Unterstützungserklärungen sowie Unterschriften für Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren	104, 105

		aufgrund bundes- oder landesgesetzlicher Bestimmungen)	
Österreichische Staatsbürger, die in der Wählerevidenz der Gemeinde eingetragen und vom Wahlrecht ausgeschlossen sind:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	11	Titel	27, 104, 108
	12	Akademische Grade	27, 104, 108
	13	Vorname	27, 104, 108
	14	Nachname	27, 104, 108
	15	Geburtsdatum	27, 104, 108
	16	Geschlecht	104, 108
	17	Hauptwohnsitz (Wohnadresse)	27, 104, 108
	18	Früherer Hauptwohnsitz	27, 104, 108
	19	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27, 104, 108
		<u>Besondere Kategorien von personenbezogenen Daten:</u>	
	20	Politische Meinung (Unterstützung eines Wahlvorschlages (zB gemäß § 42 Abs 3 NRWO oder § 7 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971; Unterstützungserklärungen sowie Unterschriften für Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren aufgrund bundes- oder landesgesetzlicher Bestimmungen)	104,108
Bürger eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, die zur Ausübung des Wahlrechts bei Kommunalwahlen in der Wählevidenz der Gemeinde eingetragen sind:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	21	Titel	27, 82, 104, 105, 109-112
	22	Akademische Grade	27, 82, 104, 105, 109-112
	23	Vorname	27, 82, 104, 105, 109-112
	24	Nachname	27, 82, 104, 105, 109-112
	25	Geburtsdatum	27, 82, 104, 105, 109, 110
	26	Geschlecht	82, 104, 105, 109-112
	27	Hauptwohnsitz (Wohnadresse)	27, 104, 105, 109-112
	28	Früherer Hauptwohnsitz	27, 104, 105

	29	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27, 82, 104, 105, 109-112
--	----	--	---------------------------

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

14.1 WebWahl

Zweck:

Führung der Gemeindevertretung, der Wahlbehörden sowie Gremien und Ausschüsse der Gemeinden. Erfassung der Kandidaten und Wahlergebnisse zu Europa-, Bundes-, Landes- und Gemeinderatswahlen. Führung der Wähler für die Landwirtschaftskammerwahl und deren Kandidaten. Erfassung der Wahlergebnisse für die Landwirtschaftskammerwahl

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtiger Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:

Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Wähler :		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	99-107,58, 27, 82, 59
	2	Akad Grade	99-107,58, 27, 82, 59
	3	Vorname	99-107,58, 27, 82, 59
	4	Nachname	99-107,58, 27, 82, 59
	5	Geburtsdatum	99-107,58, 27, 82, 59
	6	Geschlecht	99-105, 107,58, 82, 59
	7	Hauptwohnsitz (Wohnadresse)	99-107,58, 27, 59
	8	Früherer Hauptwohnsitz	104, 105, 27,
	9	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	99-107,58, 27, 82, 59
	10	Staatsbürgerschaft	99-107,58, 27, 82, 59
	11	Beruf	99-107,58, 27, 82, 59
	12	Todesdatum	99-107,58, 27, 82, 59
	13	Mandatsnummer	99-107,58, 27, 82, 59
	14	Stimmen	99-107,58, 27, 82, 59
	15	Ausschüsse	99-107,58, 27, 82, 59
	16	Geschlecht	99-107,58, 27, 82, 59
	17	Parteizugehörigkeit	99-107,58, 27, 82, 59
	18	Funktion	99-107,58, 27, 82, 59

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Siehe Punkt 14

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Siehe Punkt 14

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Siehe Punkt 14

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Siehe Punkt 14

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Siehe Punkt 14

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

15. Tourismus, einschließlich Gästemeldewesen

Beispiel:

Gästelblätter

Zweck:

Verwaltung der Daten von Touristen im Gemeindegebiet zur Erfüllung der damit verbunden gesetzlichen Verpflichtungen.

Rechtsgrundlage:

- Einwilligung des Betroffenen
- Erfüllung eines Vertrages, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Lebenswichtige Interessen des Betroffenen
- Verarbeitung ist erforderlich, für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im Öffentliches Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Erforderlichkeitsprüfung gemäß Art 6 Abs 3 DSGVO)
- Berechtigtes Interesse der Gemeinde

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art 9 DSGVO):

- Ausdrückliche Einwilligung
- Erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Arbeitsrecht und Sozialrecht
- Lebenswichtige Interessen und Unmöglichkeit zur Einholung der Einwilligung
- Betroffene Person offensichtlich selbst öffentlich gemacht
- Verteidigung von Rechtsansprüchen
- Gesetzlich vorgesehene Verarbeitung aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses
- Gesetzlich vorgesehen aus Gründen der Gesundheitsvorsorge oder Arbeitsmedizin
- Erforderlich aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich öffentlicher Gesundheit
- Im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke

Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Art 10 DSGVO):

- Gesetzlich vorgesehen

Löschfristen:

- Gesetzliche Vorgaben
- Vertragliche Vorgaben
- Sonstige:

Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 DSGVO:**Risikobewertung und Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art 35 Abs 7 DSGVO durchgeführt:**

- Nein, weil von vornherein ein voraussichtlich hohes Risiko für Rechte und Freiheiten natürlicher Personen ausgeschlossen werden kann.
- Ja, weil ein voraussichtlich hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen von vornherein nicht ausgeschlossen werden kann (siehe Anlage). Rat des Datenschutzbeauftragten wurde eingeholt.

Keine Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil kein hohes Risiko für die betroffene Person aus der Bewertung nach Art 35 Abs 7 DSGVO hervorgeht oder Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden.

Konsultation der Datenschutzbehörde nach Art 36 DSGVO, weil aus der Datenschutz-Folgenabschätzung hervorgeht, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die betroffene Person iSd Art 36 Abs 1 DSGVO zur Folge hat und keine Maßnahmen zur Eindämmung des Risikos getroffen werden (können).

Betroffene Personen:	Fortlfd. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Alle in der Gemeinde aufrecht gemeldeten und abgemeldeten Personen:		<u>Personenbezogene Daten:</u>	
	1	Titel	27, 28, 42, 96,
	2	Akademische Grade	27, 28, 42, 96,
	3	Vorname	27, 28, 42, 96,
	4	Nachname	27, 28, 42, 96,
	5	Frühere Namen (Namensteile)	27, 28, 42, 96,
	6	Geburtsdatum	27, 28, 42, 96,
	7	Geburtsort	27, 28, 42, 96,
	8	Anschrift	27, 28, 42, 96,
	9	Personenstand	27, 28, 42, 96,
	10	Geschlecht	27, 28, 42, 96,
	11	Staatsangehörigkeit	27, 28, 42, 96,
	12	Sonstige Informationen zur Personenidentifizierung	27, 28, 42, 96,

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselsysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende

Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

16. Lokales Vereinsregister

Beispiel:

Vereinsliste

Zweck:

Führung eines lokalen Vereinsregisters, einschließlich automationsunterstützt
Erstellter und aufbewahrter Textdokumente in dieser Angelegenheit.

Rechtsgrundlage:

§ 16 und 17 des Vereinsgesetz 2002 (VereinsG), BGBl. I Nr. 66/2002

Höchstdauer der zulässigen Datenaufbewahrung:

Entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungs- oder Löschungspflichten (§ 16 Abs. 3 VereinsG)

Betroffene Personen:	Fortlfd. d. Nr.:	Datenarten:	Übermittlungsempfänger:
Vereine im Sinne des § 1 Vereinsgesetz 2002 im örtlichen Wirkungsbereich des Auftraggebers:	1	Name des Vereins	38
	2	Sitz und die Zustellung maßgebliche Anschrift	38
	3	Namen der organschaftlichen Vertreter des Vereins	38
	4	Funktion der organschaftlichen Vertreter des Vereins	38
	5	Zustellanschrift der organschaftlichen Vertreter des Vereins	38
	6	Telefonnummer, E-Mail-Adresse	38

Kurze Beschreibung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen:

Zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Belastbarkeit werden folgende Datensicherheitsmaßnahmen durchgeführt:

Zugangs- und Zugriffskontrolle:

Verwehrung des Zugangs bzw Zugriffs für Unbefugte zu Verarbeitungsanlagen und Verarbeitungssystemen, mit denen die Verarbeitung durchgeführt wird, zB durch physische oder elektronische Zugangs-/Zugriffmaßnahmen und Passwortvergabe; Schlüsselssysteme dem Stand der Technik entsprechend und risikoangepasst; Einsatz von Virenschutzsoftware.

Anmerkungen:

Speicher- und Datenträgerkontrolle:

Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Veränderns oder Entfernens von Datenträgern; Kontrolle des Aufbewahrens und Entsorgens von Datenträgern; Verschlüsselung von Datenträgern; Clean-Desk-Policy; kein Einsatz von Messenger-Diensten (zB WhatsApp), ausg ausdrücklich freigegeben; Partikel- statt Streifenschredder bei schützenswerten Daten.

Anmerkungen:

Eingabe- und Übertragungskontrolle:

Gewährleistung, dass überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierte Verarbeitungssysteme eingegeben worden sind und an welche Stellen personenbezogene Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden oder werden können; Sicherung von WLAN; Einsatz von VPN-Lösungen für extern zugreifende Mitarbeiter; sicheres Drucken; Nutzung von Stand der Technik entsprechenden Firewalls.

Anmerkungen:

Wiederherstellung:

Gewährleistung, dass eingesetzte Systeme im Störfall wiederhergestellt werden können, durch Back-up-System.

Anmerkungen:

Organisatorische Maßnahmen:

Sicherung der Betroffenenrechte und Meldeprozess bei Datenschutzverletzung (siehe Leitfaden Betroffenenrechte).

Anmerkungen:

Sonstige:

Datum der Anlegung: 18.06.2018

Datum der letzten Änderung:

öpAnhang - Übermittlungsempfänger

Übermittlungsempfänger einschließlich Empfänger in Drittländern/internationale Organisationen, sowie bei den in Artikel 49 Abs 1 UAbs 2 genannten Datenübermittlungen die Dokumentierung geeigneter Garantien:

Lfd. Nr.	Empfänger	Geeignete Garantien
1	Banken;	
2	Dienststellen zum Zweck der Barauszahlung, Zuleitung der Bezugszettel an den Betroffenen sowie Vorgesetzte im Zusammenhang mit Entscheidungen über Leistungsprämien;	
3	Gläubiger des Bezugsempfängers sowie sonstige an der allenfalls damit verbundenen Rechtsverfolgung Beteiligte, auch bei freiwilligen Bezugsabtretungen und Abzugsvereinbarungen;	
4	Sozialversicherungsträger und Krankenfürsorgeeinrichtungen;	
5	Finanzämter;	
6	Übergeordnete Dienstbehörde (falls vorhanden);	
7	Dienstbehörden und Dienststellen bei Versetzungen, Dienstzuteilungen usw, Pensionsbehörde beim Eintritt in den Ruhestand;	
8	Alle Beamten und Personalvertreter der Dienststelle im Umfang des Personalverzeichnisses;	
9	Organe der Personalvertretung, soweit die Zustimmung des Betroffenen und/oder die sonstigen Voraussetzungen des Personalvertretungsrechts vorliegen, sowie Betriebsräte, soweit die Zustimmung des Betroffenen und/oder die sonstigen Voraussetzungen des Arbeitsverfassungsgesetzes, insbesondere §§ 89 und 98 ff, vorliegen;	
10	Mitversicherte;	
11	Pensionskassen;	
12	Gemeinden (bei Kommunalsteuerpflicht);	
13	Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen und Dienststellen des Arbeitsmarktservice gemäß § 16 Abs 2 und 3 BEinstG sowie die dort eingerichteten Behindertenausschüsse gemäß §§ 8 und 8a BEinstG;	
14	Wahlausschüsse und Wahlvorstand gemäß § 14 der Betriebsrats-Wahlordnung 1974;	
15	Öffentliche Stellen, die an Ernennungs- und Auszeichnungsakten beteiligt sind;	
16	Arbeitsinspektorat;	
17	Dienstbehörden und Personalstellen zum Zweck der Anweisung von zB Nebentätigkeitsvergütungen, Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten mittels Fremd-ZVA durch die führende Dienstbehörde/Personalstelle;	
18	Gesetzliche Interessenvertretungen im gesetzlich vorgesehenen Umfang (zB die Ärztekammer gemäß §§ 41 Abs 6 und 91 Abs 6 des Ärztegesetz 1998 (ÄrzteG 1998), BGBl I Nr 169, die Kammer für Arbeiter und Angestellte gemäß § 20 Abs 5 der Arbeiterkammer-Wahlordnung, BGBl II Nr 340/1998);	
19	Organisationseinheiten, die in dienst- und/oder besoldungsrechtlichen Verfahren kraft gesetzlicher Anordnung mitzuwirken haben (zB Begutachtungskommission im Zusammenhang mit Aufnahmen und Bestellungen, Leistungsfeststellungskommission und Disziplinarbehörden);	
20	Personen, denen gegenüber sich der Betroffene nicht namentlich zu legitimieren hat;	

21	Personen, denen gegenüber sich der Betroffene namentlich zu legitimieren hat;	
22	Rechnungshof zB gemäß Art 1 § 8 BezBegrBVG;	
23	Veröffentlichung mit ausdrücklicher Zustimmung des Betroffenen;	
24	Vom Dienstnehmer angegebene Gewerkschaft, mit Zustimmung des Betroffenen;	
25	Betriebliche Vorsorgekasse gemäß § 11 Abs 2 Z 5 und § 13 BMSVG;	
26	Auskunftswerber und Personen, die ein Anliegen im Wirkungsbereich des Auftraggebers vorbringen;	
27	Stammzahlenregisterbehörde im Rahmen ihrer Befugnisse nach dem E-Government-Gesetz;	
28	Bundesanstalt „Statistik Österreich“;	
29	Versicherungsunternehmen auf Grund der Zustimmung des Betroffenen im Rahmen der Zukunftssicherung gemäß § 3 Abs 1 Z 15 lit a EStG 1988;	
30	Versicherungsanstalt gemäß § 58 B-KUVG;	
31	Gerichte;	
32	Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts;	
33	Disziplinaranwalt und -anwältin;	
34	Disziplinarbehörden;	
35	Gesetzliche Vertreter und Sachwalter;	
36	Veröffentlichung im Internet;	
37	Auftraggeber des öffentlichen Bereichs, die Datenanwendungen im Portalverbund anbieten;	
38	Alle Personen und Einrichtungen, die im Rahmen der Geschäftstätigkeit zu befassen sind;	
39	Versicherungen;	
40	Militärkommando;	
41	Einsichtnehmer gemäß § 5 Abs 3 GSchG;	
42	Bezirksverwaltungsbehörde;	
43	Gerichtshöfe erster Instanz gemäß §§ 10 und 11 GSchG;	
44	Strafregisteramt gemäß § 8 GSchG (nur für Städte mit eigenem Statut);	
45	Adressaten gesetzlich vorgesehener Berichte;	
46	Oberbehörden und Aufsichtsbehörden sowie sonstige Organe der Haushaltsführung (§ 5 BHG 2013);	
47	Finanzprokurator und andere Rechtsvertreter;	
48	Vertreter (Rechtsvertreter, Zustellbevollmächtigte);	
49	Gemeindeverbandsangehörige Gemeinde;	
50	Aufsichts- und Berufungsbehörden;	
51	Amt der Landesregierung;	
52	Körperschaften des öffentlichen Rechts;	
53	Österreichische Vertretungsbehörden im Ausland;	
54	Neue Staatsbürgerschaftsevidenzstelle gemäß § 13 StbV;	
55	Personen, deren Zustimmung zu einem Rechtsakt erforderlich ist;	
56	Geburtenbuch des Eingetragenen;	
57	Gemeinde oder Gemeindeverband am Hauptwohnsitz des Eingetragenen;	
58	Bundesministerium für Inneres;	
59	Ausländische Behörden, einschließlich ausländischer Vertretungsbehörden in Österreich, aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen;	
60	Zuständige Verwaltungsbehörden;	

61	Inkassounternehmen zur Schuldeneintreibung;	
62	Vertrags- oder Geschäftspartner;	
63	Fremdfinanzierer;	
64	Kunden;	
65	Organe der betrieblichen Interessensvertretung;	
66	Lehrlingsstelle gemäß § 19 Berufsausbildungsgesetz und Berufsschulen;	
67	Arbeitsmarktservice;	
68	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse;	
69	Betriebsärzte;	
70	Versicherungsanstalten im Rahmen einer bestehenden Gruppen- oder Einzelversicherung;	
71	Betriebsratsfonds;	
72	Verschiedene Publikationsmedien in Österreich;	
73	Amtsblatt der EU (Oberschwellobereich);	
74	Zentrale Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung (ZKO) im Bundesministerium;	
75	Verwaltungsgerichte;	
76	Abfragende Behörden nach gesetzlichem Auftrag;	
77	Gerichte, Gerichtskommissäre, Körperschaften öffentlichen Rechts und Behörden auf deren Verlangen;	
78	Jugendwohlfahrtsträger;	
79	Landespolizeidirektionen;	
80	Führerscheinbehörden;	
81	Wählerevidenz;	
82	Passbehörden;	
83	Die mit dem Vollzug des Asylgesetzes 2005 und des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden;	
84	Personen, die ein rechtliches Interesse an der Einsicht glaubhaft machen;	
85	Personen, auf die sich die Eintragung bezieht oder deren Personenstand durch die Eintragung berührt wird;	
86	Ausländische Personenstandsbehörden, einschließlich ausländischer Vertretungsbehörden in Österreich, gemäß internationaler Abkommen;	
87	„Wöchentliches Verzeichnis“;	
88	Gesetzlich anerkannte Kirchen, Religionsgesellschaften, eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaften;	
89	Behörde bei der Vollziehung des Gesetzes vom 25. Mai 1868, wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden;	
90	Bundesminister für Finanzen;	
91	Staatsbürgerschaftsevidenzstellen;	
92	Wahleltern und Wahlkinder;	
93	Meldebehörden zum Zweck der Verwendung im Zentralen Melderegister;	
94	Personenstandsbehörden;	
95	Verlassenschaftsgerichte;	
96	Örtlich zuständige Sicherheitsdirektion;	
97	Bürger;	
98	Mandatare;	
99	Personen, die sich von der Vollständigkeit und Richtigkeit der Wählerevidenz überzeugen wollen;	

100	Parteien, die in allgemeinen Vertretungskörpern vertreten sind und deshalb das Recht auf Übermittlung von Daten aus der Wählerevidenz haben;	
101	Parteien, die das Recht auf Abschriften der Wählerverzeichnisse haben;	
102	Personen, die innerhalb der Einsichtsfrist in die Wählerverzeichnisse Einsicht nehmen oder Vervielfältigungen herstellen;	
103	Zustellbevollmächtigte Vertreter, die Wahlvorschläge einzubringen beabsichtigen, gemäß § 5 Abs 2 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971;	
104	Gemeinde, in die/aus der der Betroffene seinen Hauptwohnsitz verlegt, für Zwecke der Wählerevidenz (§§ 2 Abs 2 und 9 Abs 1 des Wählerevidenzgesetzes 1973);	
105	Wahlbehörden bzw Einleitungs- und Eintragungsbehörden (bei Volksabstimmungen und Volksbegehren);	
106	Bürgermeister zur Erstellung der Geschworenen- und Schöffenverzeichnisse (§ 5 Abs 1 Geschworenen- und Schöffengesetz 1990 – GSchG, BGBl Nr 256);	
107	Öffentlichkeit durch Kundmachung in den Häusern (§ 26 NRWO; § 10 Abs 2 des Wählerevidenzgesetzes 1973 und landesgesetzliche Vorschriften);	
108	Wahlbehörden zur Entscheidung über das Vorliegen eines Ausschlusses vom Wahlrecht;	
109	Personen, die sich von der Richtigkeit der Unionsbürgerevidenz überzeugen wollen, wenn bundes- oder landesgesetzlich vorgesehen;	
110	Wahlwerbende Parteien, wenn bundes- oder landesgesetzlich vorgesehen;	
111	Öffentlichkeit in Form von Anschlägen zur Bekanntgabe einer Wahl und zur Information über den Stand der Unionsbürgerevidenz, wenn bundes- oder landesgesetzlich vorgesehen;	
112	Personen, die innerhalb der Einsichtsfrist in die Wählerverzeichnisse Einsicht nehmen, wenn bundes- oder landesgesetzlich vorgesehen;	
113	Registrierter Zustelldienst;	
114	Schulbehörden;	
115	Juristische Personen des öffentlichen Rechts(soweit gesetzlich vorgesehen);	
116	Meldeauskunftswerber;	
117	Personen, denen aus einem Exekutionstitel ein Recht erwächst;	
118	Haus- und Wohnungseigentümer;	
119	Organe der Gebietskörperschaften (auf Verlangen gemäß § 20 Abs 3 MeldeG);	
120	Personen und Institutionen, die Meldedaten zur Erfüllung einer gesetzlich übertragenden Aufgabe benötigen;	
121	Auftraggeber der Anwendung zur Verwendung in anderen Aufgabengebieten gemäß § 20 Abs 3 MeldeG;	
122	Verwaltungsstrafbehörde zur Durchführung eines Verwaltungsstrafverfahrens;	
123	Landeshauptmann;	
124	Personen, welche die Meldepflicht trifft;	
125	Behördendienstleister/-auftragsverarbeiter;	
126	Schularzt, Betriebsarzt bzw Arbeitsmediziner;	